Vorbereitungen der Reichsregierung für das

Standrecht gegen Antifaschisten!

Sitzung der Reichsregierung über Verschärfung der Notverordnung. SPD-Minister in Preußen unter kommissarischer Leitung im Papenkurs

Berlin, 20. Juli 1932. (Eig. Drahtbericht)

Heute findet eine Sitzung der Reichsregierung statt, in der verschärfte Unterdrückungsmaßnahmen gegen die antifaschistische Bewegung beschlossen werden sollen. Wie die „Germania" mitteilt, soll bereits der Beschluß gefaßt sein, einen Reichskommissar für Preußen einzusetzen, entsprechend der Forderung Hindenburgs und des Nazi-Landtagspräsidenten Kerrl, der gestern ein Schreiben in diesem Sinne an die Papenregierung gerichtet hat. Heute wird auch eine Unterredung Papens mit Severing und Hirtsiefer stattfinden, in der den Preußenministern eine Reihe von weitgehendsten Forderungen unterbreitet werden, von deren Annahme oder Ablehnung die weitere Entwicklung abhängt. Die Forderungen liegen in der Linie der Verschärfung der faschistischen Diktatur gegen die Antifaschistische Aktion und gegen die KPD, die ohne Zweifel von Severing anerkannt und durchgeführt werden. Auch das Verbot der KPD ist in den Vordergrund gestellt und der Ausnahmezustand soll verhängt werden. In diesem Zusammenhang erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß die Papenregierung nach den Forderungen der Nazis die Reichstagswahlen nicht durchführen will.

Gestern verbreitete die Reichsregierung durch Rundfunk eine Erklärung, daß das

„Demonstrationsverbot nur ein erster Schritt ist. Die Länderregierungen sind ersucht worden, Schlupfwinkel und Waffenlager der Kommunisten . . . nachdrücklichst auszuheben."

Die Reichsregierung wird Hindenburg weitere Maßnahmen gegen die, die Waffen oder Sprengstoffe anwenden, vorschlagen, womit **Standrecht gegen Antifaschisten** gemeint ist. Diese Maßnahmen bedrohen die gesamte Arbeiterschaft. Sie ergänzen die **verschärften Hungermaßnahmen.** Die Reichsregierung hat nach der Meldung einer bürgerlichen Nachrichtenagentur die Länder angewiesen, den Polizeibeamten aufzugeben, während ihrer Freizeit „kommunistische Waffenlager" zu beobachten.

Bei der Besprechung mit Hirtsiefer und Severing wird es sich im Zusammenhang mit der Verschärfung des Demonstrationsverbotes in der Linie des Standrechts darum handeln, die Preußenregierung zur Durchführung dieser Maßnahmen zu verpflichten. Das bedeutet in der Praxis, daß Severing, der sozialdemokratische Innenminister, sich verpflichtet, die Todesstrafe gegen Antifaschisten zu verhängen.

Papen und Severing beraten über solche Maßnahmen gegen Antifaschisten! Diese Tatsache zeigt allen Arbeitern, wo die SPD-Führer stehen.

Jetzt heißt es für alle Arbeiter, die verhindern wollen, daß aus Deutschland ein zweites Italien wird, sich erst recht in immer größeren Massen zur antifaschistischen Einheitsfront zusammenzuschließen und einen festen Wall um die proletarischen Organisationen zu bilden. Jetzt gilt es, in allen Betrieben den politischen Massenstreik vorzubereiten, um die elementarsten Rechte der Arbeiterschaft mit diesem wirksamen Kampfmittel zu verteidigen.

Bracht — Reichskommissar

TU meldet nach Redaktionsschluß aus Berlin:

Reichskanzler von Papen empfing heute vormittag 10 Uhr die preußischen Minister Hirtsiefer und Severing. Im Verlaufe der Unterredung teilte der Reichskanzler mit, daß sich die Reichsregierung entschlossen habe, den bisherigen Oberbürgermeister von Essen, Bracht, zum Reichskommissar in Preußen einzusetzen.

Belagerungszustand in Berlin-Brandenburg

Nach Redaktionsschluß wird gemeldet:

In der Unterredung mit dem Reichskanzler soll es zu Differenzen mit Severing gekommen sein. Schließlich hat der Reichspräsident daraufhin eine 2. Verordnung erlassen, wonach über Berlin und Brandenburg der militärische Ausnahmezustand verhängt wurde. Die „vollziehende Gewalt" ist daher für Berlin-Brandenburg auf den Befehlshaber des Wehrkreises 3 übergegangen, ihm untersteht auch die Berliner und Brandenburger Polizei.

Gegen diesen weiteren Anschlag und Vorstoß der faschistischen Reaktion heißt es die Arbeitermassen zum Kampf mobil zu machen!

Betriebsräte rufen zum Streik gegen Hitlertag

In einer am Sonntag stattgefundenen Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz in Duisburg-Laar, in der 31 der wichtigsten Schächte, Zechen, Hafen-, Metall- sowie der städtischen Verkehrsbetriebe vertreten waren, wurde beschlossen, für die Tage des Aufmarsches der SA- und SS-Banden am 23. und 24. Juli in Anwesenheit Hitlers die Betriebe zur geschlossenen Arbeitsniederlegung und restlosen Beteiligung an den Massendemonstrationen aufzurufen. In allen Betrieben werden in den nächsten Tagen Belegschaftsversammlungen durchgeführt und Streikbeschlüsse gefaßt. Die Konferenz beschloß, den Aufruf in einem Massenflugblatt an Betriebsbelegschaften herauszugeben.

Unterstützungsabbau am 23. Juli!

Arbeitslose, kämpft um die Erhaltung eurer Hungergroschen!

Berlin, 20. Juli

Wie wir erfahren, hat der Reichsarbeitsminister angeordnet, daß der alte Unterstützungssatz in der Arbeitslosenversicherung nur noch bis zum 22. Juli ausgezahlt werden darf. Das heißt also, daß am 23. Juli bereits der Abbau durchgeführt werden soll. Hunderttausenden von Arbeitslosen werden an diesem Tage die Hungergroschen noch weiter gekürzt. Nach einem Unterstützungsbezug von sechs Wochen soll die Bedürftigkeitsprüfung eintreten, d. h. vielen die Unterstützung ganz genommen und in vielen Fall auf die Wohlfahrtsfürsorge herabgedrückt werden.

Heute noch gilt es, auf allen Stempelstellen und in allen Wohnbezirken den **Kampf um die Auszahlung der alten Unterstützungssätze** zu organisieren. Die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Erwerbslosen gilt es in diese Kampffront einzureihen. Wenn wir von der Sozialdemokratischen Partei eine noch die letzte Protestaktion erwartet haben, so hat sie der „Vorwärts", eines Besseren belehrt. In seiner Ausgabe vom 16. Juli beschwert er sich in einem Artikel „Unzulänglichkeiten" darüber, daß bei den Arbeitsämtern nicht genügend Personal eingestellt wird, damit die Umrechnungen rechtzeitig durchgeführt werden können.

Der „Vorwärts" hat also nur eine Sorge, daß der Abbau nicht rechtzeitig klappen könnte. Die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen aber müssen unter Führung der einheitlichen Erwerbslosenausschüsse mit den übrigen Erwerbslosen gemeinsam den Kampf gegen den Abbau aufnehmen. Am 31. Juli gehört die Stimme aller Erwerbslosen der KPD, der einzigen Partei, die gewillt ist, diesen Kampf mit aller Konsequenz zu führen.

Massenmobilisation der Gewerkschaftsopposition

Die Oppositions-Konferenz der freien Gewerkschaftler einstimmig für die rote Einheitsfront in der Antifaschistischen Aktion

Dresden, den 19. Juli 1932. (Eig. Bericht)

Die Oppositionskonferenz der freien Gewerkschaftler, die am Nachmittag im großen Saale des „Bürgergarten" stattfand, gestaltete sich zu einem wuchtigen Bekenntnis zur revolutionären Einheitsfront in der Antifaschistischen Aktion. Das Referat des Führers der RGO Sachsens, Genossen Jäkel, wurde mit stürmischer Begeisterung aufgenommen. Einstimmig wurde ein Appell an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Herstellung einer breiten oppositionellen Bewegung, zur roten Einheitsfront in den Betrieben, auf den Stempelstellen und in den Gewerkschaften zum Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit beschlossen. Eine

Entschließung, in der alle Gewerkschaftler aufgefordert werden, sich zur Reichstagswahl für die Kommunisten, für die Liste 3, einzusetzen

wurde gegen 3 Stimmen angenommen. In voller Einmütigkeit wurde die Wahl eines Oppositionskomitees für Sachsen vorgenommen, in welchem sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Funktionäre der verschiedenen sächsischen Gewerkschaftsverbände vertreten sind.

In der außerordentlich lebendigen Aussprache kam das volle Einverständnis der anwesenden oppositionellen Gewerkschaftler mit dem Referat und den Kampfzielen der RGO zum Ausdruck.

Die Ausführungen eines Gewerkschaftlers aus Chemnitz, der gleichzeitig Mitglied des Reichsbanners ist und sich verpflichtete, **gegen die Sabotage der sozialdemokratischen Führer für die rote Einheitsfront** zu werben und zu kämpfen, wurden mit besonders starkem Beifall begrüßt.

An der Konferenz nahmen 263 oppositionelle Gewerkschaftler aus 22 Orten und 60 Betrieben teil, von denen weit über 200 den freien Gewerkschaften angehören. Darunter befanden sich 37 Mitglieder der SPD, 10 Mitglieder der SAP, 160 politisch nicht organisierte Kollegen und ein Naziproleet. Diese Zusammensetzung der Konferenz beweist, daß die Drohungen der Gewerkschaftsbürokraten mit dem Ausschlußterror wirkungslos verpufften und mit welch gewaltigem Elan die Massen der Gewerkschaftsmitglieder zur revolutionären Einheitsfront drängen.

Die Konferenz war ein Auftakt zur Entfaltung einer breiten Oppositionsbewegung in Sachsen über den Rahmen der RGO hinaus, zur Erfassung aller kampfbereiten, gegen den arbeiterfeindlichen Kurs der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer eingestellten Proleten. Jetzt gilt es in allen Betrieben, auf den Stempelstellen und in jeder Gewerkschaftsorganisation zu den Beschlüssen Stellung zu nehmen und überall Oppositionsgruppen zu schaffen.

Ueber den Verlauf der Konferenz und ihre Beschlüsse berichten wir morgen ausführlich).

Der „Klassenkampf" verboten

Halle, 20. Juli (Eig. Drahtbericht)

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die kommunistische Tageszeitung „Der Klassenkampf" für Halle-Merseburg für drei Tage verboten. Die Begründung ist ungeheuerlich. Der „Klassenkampf" wurde verboten, weil er aus einer Rede Thälmanns einen Satz zitierte.

Dresdner Bauarbeiter im Kampf

Passive Resistenz gegen Maßregelung des Vertrauensmannes auf Baustelle Uebigau Baustelle Waldschlößchen in Solidaritätsaktion

Dresden, 20. Juli

Auf der Baustelle Neue Brücke in Uebigau wurde der Vertrauensmann der Bauarbeiter entlassen. Die Belegschaft nahm sofort zu dieser Maßnahme des Unternehmers Stellung und beschloß, die passive Resistenz durchzuführen, bis der Kollege wieder eingestellt ist.

Die Bauarbeiter der Baustelle Waldschlößchen nahmen ebenfalls zu dieser Entlassung Stellung und beschlossen, sich der Bewegung auf der Baustelle Uebigau anzuschließen. Sie stellten darüber hinaus eine Reihe von Forderungen, in denen sie eine Mietbeihilfe, Arbeitskleidung und Schuhe, sowie die Bezahlung der Straßenbahnkarten verlangen, die sich nicht länger von ihren gekürzten Hungerlöhnen selbst bezahlen wollen.

Die Kampfbeschlüsse dieser beiden Baubelegschaften müssen von der gesamten Bauarbeiterschaft aufgegriffen werden. In Antifaschistischer Aktion beschließt überall Streik gegen Lohnraub und Unternehmerwillkür.

Textilstreik im Ruhrgebiet dehnt sich aus

München-Gladbach, 20. Juli (Eig. Drahtbericht)

Gestern morgen traten die Belegschaften des Textilbetriebes Fritz Cohen — 700 Mann stark — und die Belegschaft Zaiser — 800 Mann stark — in den Streik. Den beiden Betrieben schlossen sich die Belegschaften von Klein & Vogel und Floresheim und von Dortmann an. Im Laufe des Nachmittags sind weitere Betriebe in den Streik getreten.

Altonaer Opfer auf 16 erhöht

Die Zahl der Todesopfer ist auf 16 gestiegen. Zwei weitere Personen befinden sich noch in äußerster Lebensgefahr. Ein neuer Beweis für die Bewaffnung der Nazis ist, daß auf einem Lastwagen, auf dem SA von Altona nach Itzehoe fahren, nicht weniger als 25 Revolver gefunden wurden.

Reichsbannerarbeiter unter den Toten

Die Nazis geben drei Tote an und zwar den SA-Sturmbannführer Heinrich Koch, den SA-Mann Büttig und Franz Winkler. Die beiden SA-Leute gehörten zum Sturm 2/31, der sich bei Ueberfällen auf Reichsbannerarbeiter und Kommunisten besonders hervorgetan hat und der auch am Sonntag bewaffnet aufmarschierte. **Bei Koch wurden ein mit Blei gefüllter Totschläger sowie 13 Patronen gefunden.**

Unter den Toten befinden sich der **Reichsbannermann Karl Rasch und der sozialdemokratische Arbeiter Adolf Hagen.** Rasch erhielt einen Kopfschuß, als er in seiner Wohnung die Fenster schließen wollte.

Vier Altonaer SPD-Arbeiter treten zur KPD über

Altona, 20. Juli (Eig. Drahtbericht)

Gestern abend fand in Bahrenfeld eine Häuserblockversammlung statt, in der vier Altonaer sozialdemokratische Arbeiter zum Zeichen des Protestes gegen die unerhörte Hetze ihrer Führer und deren Hilfsdienste für den Faschismus, ihren Uebertritt zur KPD erklärten.

Die Antifaschistische Aktion

Das Einheitskomitee der Straßenbahner Essens, das sich aus zwei DMV-, zwei EVGV-, einem christlichen und einem Fachverbandskollegen zusammensetzt, hatte zu einer Straßenbahnerdemonstration aufgerufen. Trotz Sabotage der SPD-Führer marschierten etwa 250 Straßenbahner für die gemeinsamen Forderungen unter den Losungen der Antifaschistischen Aktion.

In Oberhausen fand eine eindrucksvolle Massenkundgebung der Antifaschistischen Aktion statt. An dem Aufmarsch beteiligten sich geschlossene Formationen des Reichsbanners sowie auch christliche Arbeiter.

Ein glänzender Bekenntnis zur roten Einheitsfront wurde eine in Suhm in Ostpreußen durchgeführte Einheitskonferenz des Kreises Stuhm, zu der die Gutsbelegschaften, die Betriebs-, Bau- und Stampelstellen ihre Delegierten entsandt hatten. 152 sozialdemokratische, kommunistische, christliche und parteilose Arbeiter nahmen als Delegierte an der Konferenz teil. Die Konferenz wählte einen Kreiseinheitsausschuß der Antifaschistischen Aktion.

Am 17. Juli fanden in Magdeburg und Dessau Einheitskonferenzen der Antifaschistischen Aktion statt. An beiden Konferenzen mit insgesamt 144 gewählten und vielen Gästedelegierten nahmen 14 sozialdemokratische, 2 SAP- und 79 parteilose Arbeiter teil.

In Schönbeck bei Magdeburg fand eine von den roten Betriebsräten der Güter Allendorf und Diutze einberufene Konferenz der Gutsräte und Landarbeiter statt. Die Funktionäre und Landarbeiter der wichtigsten Güter aus dem Gebiet der Magdeburger Börde nahmen an dieser Konferenz teil. Im Vordergrund der Konferenz stand in Verbindung mit dem Kampf gegen Lohnabbau die Frage des Kampfes gegen den faschistischen Terror.